

Bezugspreise:
Die Halle monatlich bei postmöglicher
Bestellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, durch die Post monatlich
1,25 Mark, die halbjährlich 24,75 Mark.
Inhalt: Zeitungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
Jahres- und Zeitungsverzeichnis unter
Zeitung eingetragene. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Redakteur nur mit der
Quellenangabe. Zeitschriftliche
Gefahr. Fernr. der Geschäftsleitung Nr.
1700, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Anzeigenpreise:
Die 3 gefaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 22 mm breite Milliimeterzeile
7,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unser Geschäftsstellen a. sämtlich
Anzeigengebühren Erfüllungsort
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
nade 1a. Dr. Brauhaus, 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Ulrichstraße 52 und Markt 24.
Verlagsgesellschaft Leipzig Nr. 4009

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 205.

Halle, Mittwoch den 4. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Keine neue deutsche Note an Amerika.

Amerika kann die neuen deutschen Vorschläge nicht weitergeben. / Der Auswärtige Ausschuss einberufen. / Polnischer
Rufstand in Oberschlesien; die interalliierte Kommission will die Ruhe wiederherstellen.

Doleneinbruch in Oberschlesien.

Nach dem für sie unangünstigen Ausgang der ober-
schlesischen Abstimmung machten sich Anzeichen dafür bemerkbar,
dass die Polen sich mit Gewalt das zu nehmen trachteten, was
ihnen von rechts wegen nicht zugewiesen werden konnte. Es
triefen fortgesetzt Meldungen über polnische Truppenmassen-
stöße an der ober-schlesischen Grenze ein und im
nördlichen Teile Oberschlesiens machte sich eine besondere Agi-
tation unter den polnischen Elementen bemerkbar. Dann
kam, wie wir gestern meldeten, die Nachricht eines ober-
schlesischen Matrosen — vi. leicht bestellte Arbeit! —, dass nach
einem Vorschlage der interalliierten Kommission in Oppeln,
der inzwischen als nicht ergangen bezeichnet worden ist, Ober-
schlesien mit Ausnahme der Kreise Pleß und Zornitz und eines
kleinen Grenzgebietes bei Zarnowitz dem Deutschen Reich
zugewiesen werden sollte. Das Echo war der Streit der
polnischen Bergarbeiter mit seinen Begleiterscheinungen und
das Verbot von öffentlichen Umzügen am 3. Mai, dem neuen
polnischen Aktionstage. Da nun die Polen von ihren
französischen Freunden und Gönnern systematisch
zum Aufstand und Gewaltmaßnahme erregt worden sind und
wohl annehmen durften, dass die Franzosen ihnen keine
ernstlichen Schwierigkeiten machen würden, wagten sie dann
in der Nacht zum Dienstag einen zwar gut vorbereiteten,
aber sicher wohl kaum zu einem dauernden Erfolge führenden
Versuch. Sie marschierten an verschiedenen Stellen
über die Grenze, haften wie die Banditen und nahmen vor
allen von den Kreisen Pleß und Zornitz Besitz, sprengten
bei Oppeln und Katowitz die Eisenbahnbrücken und mar-
schierten auch in Oberrhein, Weuthen und Gleiwitz ein. Aus
Katowitz und Gleiwitz verschwanden am Dienstag vormittag
wieder. Auch in Hindenburg tauchten sie in größeren
Abteilungen auf. Daß die Bewegung mit den französischen
Plänen der Ruhrgebietsbesetzung in direkter Verbindung
steht, ist nicht anzunehmen, wenigstens ein indirekter Zu-
sammenhang möglich ist. Inwieweit die im gestrigen Abend-
blatt erwähnte Tätigkeit des Generals Wegand in Prag
und Belgard damit zu tun hat, ist noch nicht zu übersehen.
Inwiefern haben wir es mit einer neuen Frucht Korfan-
tischer Demagogie zu tun, die kaum den Beifall des Obersten
Rates in London finden wird.

Wie Minister Simons und Reichszentraler Fe-
renbach in der gestrigen Sitzung des Reichstages
mitteilten, hat die interalliierte Kommission in Oppeln den
Belagerungszustand über die betroffenen Kreise verhängt und
ist willens und in der Lage, mit den vorhandenen Truppen
den Polen die Spitze zu bieten und die Ruhe wiederherzu-
stellen. „Warten wir das einmal ab“, schloß der Reichszentraler.
Wahoh! Warten wir das einmal ab.
Wir geben nun die

Einzelmeldungen

wieder, von denen wir einige bereits in einem Teile unserer
gestrigen Abendausgabe veröffentlicht haben.
Weuthen, 3. Mai. Heute früh marschierten bewaff-
nete Infanterien ein, besetzten die öffentlichen Plätze und
hielten die Posten an. Französische Soldaten durchzogen
die Stadt. Tanks belegen die Straßenzugänge. Auf dem
Vomnich-Hotel weht die weiß-rote Flagge.
Katowitz, 3. Mai. Infanterien haben nach leb-
haften Feuer die Apo-Polen in Willypar besetzt und die
Batterien gefangen. Ein Zug Infanterien drang
in das Polizeipräsidium ein, das eine halbe
Stunde später von einem französischen Kapitän wieder be-
setzt wurde. Die Redaktion des „Vorkämpfers“ ist durch
Gandraganten gesichert. Unter den Fußsöldnern befinden
sich Haller-Soldaten. Aus den umliegenden deutschen
Ortschaften sind die blaue Polizei und die deutschen Beamten
gestrichelt. Mit Pleß und Zornitz ist seit gestern Abend keine
Verbindung mehr, auch Sorau soll in den Händen der Injurgen-
ten sein.
Katowitz, 3. Mai. Unbekannt um die aufstell-
ten Tarnschleier in der ganzen Stadt, die trotz der Ver-
hängung des Belagerungszustandes fortbewahrt. Eisenbahn-
und Straßenbahnverkehr sind eingestellt. Bei Oberrhein
sind zwei Eisenbahnbrücken gesprengt. Randzonen in den
Händen der Injurgen-ten, von denen in der Umgebung 3000
Kriegsgefangene ausgeschleift verlammet sind. In Weuthen
beherrscht jetzt Ruhe.
Breslau, 3. Mai. Katowitz, wurde von den
Polen heute früh wieder geräumt.
In der Stadt Gleiwitz ist es ruhig, dort hat vor-
läufig noch die deutsche Abwehrpolizei die
Oberhand. Die Polen haben sich in der interalliierten
Verhandlung. Die Besatzungstruppen sind im Augen-
blick dabei, die Kaserne zu räumen. In der Umge-

bung von Gleiwitz haben sich in den ländlichen Bezirken
mehrere Gewalttaten gegen Deutsche ereignet.

Auch aus dem Kreise Zornitz kommen Meldungen
von Unruhen und Ausschreitungen. In Zornitz wurden
12 Deutsche niedergemetzelt. Innerhalb Ober-
schlesiens ist jeder Versuch, eine Telefonverbindung zu er-
langen, unterbunden. Die Gerichte sind zahllos. Eine
Einzelkontrolle darüber ist augenblicklich nicht möglich.

Die Verhängung des Belagerungszustandes
in Katowitz hat bis jetzt noch nichts genutzt. Die
polnischen Jurgen-ten haben sich nach Zornitz
zurückgezogen.

In Weuthen sind die Polen aus dem Innern
der Stadt seit 10 Uhr verschunden. Dagegen ist
ganze Oberrhein in der Hand der Injurgen-ten, aus-
genommen nur die Städte Sorau, Pleß und Zornitz. Die
Eisenbahnbrücken bei Oberrhein und Oppeln
sind gesprengt.

Die Redaktion der Ostdeutschen Morgenpost in
Weuthen wurde heute früh von bewaffneten polnischen
Banden umzingelt. Man drang in das Gebäude ein und
suchte die Redakteure der Morgenpost, um sie zu lynchen. Diese
hatten sich unterdes aber bereits mit den Arbeitern und
Bauern über Nachbargrundstücke in Sicherheit gebracht.

In Hindenburg kam es zu schweren Kämpfen
zwischen den Beamten der deutschen Apo und den bewaffneten
Polen. Es gelang den Deutschen, die polnischen Banden zu
gesprengen. Jetzt zeigen sie sich aber bereits wieder
in größeren Truppen in den Straßen. Sämtliche polnischen
Injurgen-ten tragen am Arm rote weiße Binden. Die
französische Besatzungsmacht verhält sich in Hin-
denburg passiv und begnügt sich damit, die öffentlichen
Gebäude zu schützen. Auf den Straßen um Hindenburg
hat es verheerend schmerzliche Zusammenstöße ge-
geben, da die Polen die deutschen Arbeiter von ihren
Arbeitsstätten vertrieben. Die Deutschen hatten dabei eine
Anzahl tote. Die Zivilbevölkerung verhält sich an diesen
Orten in großer und ganzer Zurückhaltung.

Weuthen, 3. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Die Süd-
kreise Oberschlesiens sind durchweg in polnischen Händen.
Ebenso befindet sich der Eisenbahnpart in diesen Kreisen im
Besitz der Polen. Die telefonische Verbindung mit Katowitz
wurde unterbrochen. Die Stadt ist noch in deutschen
Händen, während der Landkreis zum Teil schon von den
Polen besetzt ist. In Zornitz herrscht vorläufig noch
Ruhe, ebenso in Zarnowitz, wo man jedoch mit dem Aus-
bruch von Unruhen rechnet. In Weuthen war in den Mit-
tagstunden alles verhältnismäßig ruhig. Auf den Straßen
sieht man eine große Anzahl von Hallerjungen in Uniform
und Schwestern der Haller-Armee in Tracht. Polnische
Autos mit weiß-roten Flaggen durchfahren die Stadt. Auf
dem Vomnich-Hotel ist eine polnische Flagge angeblich auf Ver-
anlassung der interalliierten Kommission eingezogen worden.
Die deutsche Presse ruht unter Zornitz.
In Katowitz bei Weuthen gab es insofern heftiger nächst-
licher Kämpfe zahlreiche Tote. Die ober-schlesischen Bahnhöfe
außerhalb der Stadt sind zum Teil von Hallerjungen besetzt.
Zarnowitz, 3. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Bereits
gestern Abend um 11 Uhr wurde hier bekannt, daß die Polen
aus der Umgebung verjagt worden, sich gewaltsam in den
Besitz der Stadt zu setzen. Nachts 11 Uhr rüdten auch bewaff-
nete Banden in die Stadt ein, wo sie eine lebhafte Schießerei
veranstalteten. Die im Rathaus stationierte französische Wache
griff nicht ein. Gerüchtweise verlautet, daß sie Befehl hatte,
nicht auf die Polen zu schießen. Die angreifenden Polen
wurden jedoch von Apo-Beamten und Mannschaften der
nördlichen Polizei zurückgeworfen. Erst in der 5. Morgen-
stunde begann französisches Militär,
Kavallerie und Infanterie, den Markt zu
säubern. Dabei wurden den Polen eine große Anzahl
Waffen abgenommen, die Waffenräuber aber merkwürdiger-
weise wieder freigelassen. In einer heute vormittag abge-
haltenen Stadtberechnung wurde beschlossen, sofort
eine Deputation zum Kreisrat zu entsenden und ihn
um Schutz zu bitten. Ueber Stadt und Kreis Zornitz ist
der Belagerungszustand verhängt worden. Bei einem
Polen namens Nowak land man eine größere Anzahl Waffen
und Munition. Nowak ist seit heute morgen flüchtig.

Varaschitz-Steinmannow, 3. Mai. (Eig.
Drahtnachricht.) Ueber Katowitz ist hier ein Unruhen aus-
gebrochen. Die Polen hatten Katowitz besetzt, sind aber von
den Franzosen wieder vertrieben worden. So
wurde der Belagerungszustand verhängt. Zur Zeit finden
Verhandlungen statt, über deren Ergebnis noch nichts be-
kannt ist.

Er mordung italienischer Offiziere.

Am Weuthen, 3. Mai. In der vergangenen Nacht
wurde der Direktor der „Freuen-Gruhe“ in Mieschowitz, Krz.,
von Mordhänden erschossen und die Apo angegriffen. In Ja-
borze wurde die Apo gezwungen, sich zurückziehen zu lassen.
Der Ort Hindenburg wird zur Zeit von französischen Truppen
gesichert, der Kreis ist in polnischer Hand. Die Stadt Lub-
litz und die Stadt Pleß im Kreise Groß-Strehlitz wurden
besetzt. Im Kreise Pleß wurde ein italienischer Major
durch die Brut erschossen und im Kreise Zornitz zwei itali-
enische Offiziere ermordet. Aus dem Kreise Zornitz fehlt im
übrigen fast jede Nachricht.

In späteren Nachtstunden erhalten wir aus Ober-
schlesien nach folgende Meldungen:

In Katowitz wurde die „Mannschaft“ und heute nach-
mittag auf der Straße Kobuschütz-Deutsch-Raffel-
witz die Eisenbahnbrücke von Injurgen-ten gesprengt.

Heute früh 2 Uhr wurde die Westbrücke zwischen
Oppeln und Schopauwitz in die Luft ge-
sprengt. In der Stadt Oppeln sind zahlreiche Gebäude
zertrümmert. Die Straße liegt an der Hauptstraße nach Krieg-
furt vor der Abbiegung nach Pleß.

Weuthen, 3. Mai. Gegen 6 Uhr früh waren sämt-
liche Ausgänge der Stadt durch starke Posten der Injurgen-ten
mit Maschinengewehren besetzt. Trotz des Alarms der
Franzosen konnten sie sich fast eine Stunde lang behaupten,
sogen aber, als die Franzosen durchgriffen, ab.
Später hielt vor dem Hotel Vomnich ein Auto der interalli-
ierten Kommission, das mehrere höhere Offiziere nach dem
Hotel brachte. Kurze Zeit darauf bemerkte man, wie die ge-
heime polnische Fahne eingezogen wurde. Um die Mittags-
stunde entwickelte sich in Weuthen das gewöhnliche Bild. Man
bemerkte aber zahlreiche Burischen aus den umliegenden Orten,
die die Straßen mit Karabinern in der Hand durchzogen.
Die bis dahin geschlossenen Geschäfte haben teilweise wieder
geöffnet. Die öffentlichen Gebäude, wie Bahnhof und Stadt-
und Rathaus sind von französischen Militär besetzt und mit
Maschinengewehren gesichert. Sämtliche Schulen sind ge-
schlossen.

Die Fernsprecherverbindungen von Berlin mit Gleiwitz,
Katowitz, Ratibor und Weuthen sind seit heute Nacht wegen
der Unruhen in Oberschlesien unterbrochen.

Wie die Eisenbahndirektion Berlin bekannt gibt, hat
eine Anzahl Eisenbahnzugungen in
Oberschlesien stattgefunden. Auf der Strecke Oppeln-Katowitz
sind zwei Eisenbahnbrücken, ebenso auf der Strecke Neudorf-
Raffelwitz zerstört worden. Aus der Gegend von Ratibor wird
die Sprengung von zwei Eisenbahnbrücken gemeldet. Die
telefonische Verbindung mit Katowitz, Zornitz und Pleß ist
unterbrochen.

Die interalliierte Kommission teilt mit:
Die interalliierte Regierungskommission ist fest entschlossen,
die Ordnung unbedingt aufrechtzuerhalten. Sie hat insolge-
dessen in der vorigen Nacht den Belagerungszustand
über die Kreise Weuthen-Stadt und Land,
Pleß, Katowitz-Stadt und Land, Zornitz,
Hindenburg, Zarnowitz und Ratibor-Stadt und
Land verhängt.

Der deutsche Vertreter bei der interalliierten Regierungs-
kommission hat die ernstesten Vorstellungen wegen der
neuerlichen Vorgänge und der Unruhen in Oberschlesien
erhoben. Die deutsche Regierung wird sofort weitere Vor-
stellungen bei der interalliierten Kommission erheben.

Amerika lehnt die deutschen Vorschläge ab.

In einem Teile unserer gestrigen Abendausgabe kom-
men wir nachstehende Antwort Amerikas veröffentlicht:
Berlin, 3. Mai. Der amerikanische Gesandte Herr
Drexler überreichte heute mittag um 12 Uhr dem Minister des Aus-
wärtigen die amerikanische Antwort, die folgenden Wortlaut:
Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das Memorandum,
betreffend die Reparationen erhalten, das Dr. Simons dem
Kommissar der Vereinigten Staaten am 24. April übergeben hat.
Zur Antwort erklärt die amerikanische Regierung, daß sie sich
auf der Hand befindet, zu dem Schluß zu gelangen, daß diese
Vorläufe eine für die alliierten Regierungen annehmbare Grund-
lage der Erörterung bilden. In dem die amerikanische Regierung
daher wiederholt ihren ersten Wunsch nach einer solchen Regelung
dieser Lebensfrage ausdrückt, legt sie der deutschen Regierung
hingegen nahe, sofort den alliierten Regierungen
unmittelbar klare bestimmte zweckentsprechende
Vorläufe zu machen, die in jeder Beziehung ihren ange-
messenen (sich) Verhältnissen gerecht werden.
Die von Entente-Mitgliedern verbreitete Meldung, daß
die Reichsregierung eine zweite Note über unsere

Reparationsvorläufe nach London gerichtet hat, ist, wie wir hören, falls das Gericht die Fristen der Umstände zugrunde liegen, daß der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Drexler, vor einigen Tagen eine Unterredung mit Minister Simon hatte, die sich auf die Frage der Annuitäten des Jahres 1921 bezog. Drexler hat Herr Drexler über diese Unterredung einen Drahtbericht nach Washington geschickt, aus dem dem Gericht eine deutliche Note gemacht hat. Tatsächlich ist außer der Nichtigstellung und Erklärung der ersten Artikel unserer Reparationsnote, die Hauptfrage, daß unser Angebot von 50 bzw. 200 Milliarden ein Alternativangebot ist, keinesfalls deutliche Note oder sonstige Mitteilung nach Washington gelangt worden.

Dienstag nachmittag fand in Berlin eine Kabinettsitzung statt. Nach derselben erschien das gesamte Kabinet in der Sitzung. Am Ende des Mittags nachmittag soll der auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammenberufen werden, um die Lage im Hinblick auf das bis dahin wohl beabsichtigte Ultimatum der Alliierten zu beraten.

Kommunistische Note in England.

Die englischen Behörden bereiteten gewisse Abfichten der kommunistischen Partei, die die jetzige industrielle Krise beenden wollte, um in England eine Revolution herbeizuführen. Die Partei hatte Flugblätter in großem Umfange und mit sehr aufreizendem Inhalt verteilt. Eine Anzahl Flugblätter, verteilt wurden verhaftet.

Der deutsch-russische Handelsvertrag.

In einer Unterredung mit dem Riger Sonderberichterstatter der „Dena“ äußerte sich Krassin, der bei der Berichterstatter über Riga nach Moskau fuhr, daß die deutsch-russischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag beiderseits erfolgreich gefördert worden seien, so daß der Abschluß nahe bevorstehe. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß nicht durch einen eventuellen Rücktritt des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Simons, die Lage von neuem kompliziert würde. Ein derartiger Zwischenfall könnte einen Aufbruch der Verhandlungen für lange Dauer bedeuten.

Der Vermittlungsveruch des Vatikans

In parlamentarischen Kreisen der baltischen Volkspartei wird glaubhaft berichtet, daß der Vatikan seinen Vermittlungsversuch nicht wegen der Indifferenz der deutschen Zeitungen eingestellt habe, sondern weil der Curie bekannt wurde, daß innerhalb des Reichsministeriums erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber beständen, ob die Regierung überhaupt die Vermittlung des Vatikans annehmen solle und daß nicht einmal die Zentrumsmitglieder des Kabinetts einstimmig für die Vermittlungsfaktion des Vatikans eintraten. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wird u. a. als derjenige bezeichnet, der sich ganz entschieden gegen die Vermittlung des Vatikans aussprach, um sich desto lebhafter für eine dringende Unterwerfung unter Harding's Schiedspruch einzulegen. In katholischen Kreisen ruft diese Haltung des Ministers lebhaftes Befremden hervor.

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung am 3. Mai 1921.

Die 100. Sitzung des Reichstages wurde vom Präsidenten um 12 Uhr eröffnet. Nach Eröffnung einer Reihe kleiner Anfragen teilt Präsident Ebert mit, ihm sei von der Reichsleitung soeben eine Mitteilung zugegangen, in der

die amerikanische Regierung

den Empfang unseres Memorandums anzeigt, gleichzeitig aber erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, die Vorläufe als Grundlage weiterer Verhandlungen mit den Alliierten weiter zu geben. Sie knüpft daran den Wunsch, alsbald unmittelbar an die Alliierten Vorläufe zu machen, die in jeder Weise unseren rechtlichen Verpflichtungen entsprechen. Ein Antrag Ledebour (US.) auf sofortige Beilegung der Note wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt, nachdem der Präsident mitgeteilt hat, daß der auswärtige Ausschuss sich morgen mit dieser Sache beschäftigen werde.

Das Haus nimmt sodann die Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf

Hebung der Erwerbslosigkeit

auf. Verbunden damit wird ein Antrag der Unabhängigen, vor sich mit der gleichen Frage beschäftigt, ebenso die Berichte der Ausschüsse über Erwerbslosigkeitsfrage und Wodenshilfe. Abg. Rahmann (US.) begründet den Antrag, der um so notwendiger ist, als die außerpolitischen Verhältnisse große Gefahren für unser Erwerbsleben bieten. Die Sanktionen drohen neue Massen von Erwerbslosen zu schaffen. Wir können sie nicht alle vom Staats wegen erhalten. Wir müssen daher Arbeitsgelegenheit schaffen. Der Großgrundbesitzer darf nicht fremdländische Arbeiter einführen, solange noch Arbeitslose bei uns vorhanden sind. Die Entwicklung unserer Wirtschaftslage läßt erkennen, daß dem Staate hier noch reichliche Einnahmequellen offen stehen. Die Unterlassungsfälle für die Erwerbslosen sind in unseren Anträgen angeführt der Vorlage um 50 Prozent herabgesetzt worden.

Abg. Briß (US.) vertritt den Antrag seiner Partei, der mit dem der Sozialdemokraten identisch ist, außerdem aber Regierungsmaßnahmen gegen Silligungen fordert. Redner betont, daß die beantragten Sätze das Minimum dessen darstellen, was man in Berlin brauche. Es sei aber nicht zu verlangen, daß die Großstädte die Kosten tragen könnten, diese Kosten seien vielmehr Sache des Reiches.

Abg. Lemmel (Str.) beantragt Aufhebung, da die finanzielle Tragweite der Anträge doch recht weit gehe. Von der angeregten Verfürgung der Arbeitszeit auf 8 Stunden erwarte er nicht viel.

Abg. Hammer (Dn.) meint, die Regelung der Erwerbslosigenfrage sei genau so wichtig wie die Hebung der Produktion bei der Landwirtschaft. Auch er stimme der Aufhebung zu.

Inzwischen betreten der Reichstagsler, Minister Simons und die übrigen Mitglieder des Kabinetts den Saal. Auf der Treppe der Tagesordnung erklärt

Minister Simons:

Seit gestern haben sich in Oberhesseln folgenhweise Ereignisse ereignet. Es sind jedoch Evidenzen als auch Zeugnissen

gegenhellenien geliefert. Im Kreis Kattowitz ist das flache Land in den Händen polnischer Banden. In Hindenburg sind ebenfalls polnische Banden eingedrungen und haben die Gebirge besetzt. Desgleichen sind die Orte um Hindenburg in den Händen der Polen. In Neustadt wurde das Gebäude der „Dübener Morgenpost“ von den Polen besetzt. Desgleichen befindet sich das Gebiet des Kreises Pleß in den Händen polnischer Banden. Auch längs der Grenze des Kreises Ratibor sind die Jagdreviere. Die ganze Angrenzungsfront trägt einen planmäßigen Charakter und muß als vorbereitet sein. Die deutsche Regierung hat bei den drei Mächten, denen der Schutz Deutschlands anvertraut ist, sofort einen eingehenden Protest eingelegt. Die alliierte Kommission hat anerkannt, daß von Seiten der deutschen Bevölkerung auch nicht der geringste Anlaß zu diesen Ausreitungen gegeben wurde. Im übrigen hat die alliierte Kommission den Belagerungszustand über die in Betracht kommenden Kreise verhängt. Es ist Pflicht der Kommission, die Ordnung aufrecht zu erhalten und polnische Hebergänge zu verhindern, die durch Korruption veranlaßt seien. Der Minister erinnert an den Protest der deutsch-polnischen Gewerkschaften und gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Recht schließlich doch Recht werden wird.

Rigipräsident Dietrich schlägt dem Hause vor, von einer sofortigen Stellungnahme abzusehen.

Abg. Crispian (US.) meint, zu einem Aufbruch sei keine Zeit. Man wolle ja auch nicht, ob die Regierung erst das Ultimatum abwarten wolle statt sofort zu handeln. Er beantragt sofortige Beilegung.

Reichstagsler Fehrenbach entgegnet, eine genaue Mitteilung über die Vorgänge in London liege uns noch nicht vor. Sobald eine genaue Klärung der Sache eingetreten sei, werde sich das Kabinet mit dem Hause in Verbindung setzen. In Oberhesseln ist die alliierte Kommission willens, und in der Lage, mit den vorgeschriebenen Gruppen den Willen die Spitze zu bieten, und die Ruhe wiederherzustellen. Warten wir das einmal ab.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) vermißt jede Andeutung darüber, was die Regierung zu tun gedenke, wenn die alliierte Kommission verlegt, wird jedoch keinen Antrag stellen.

Abg. Berg (Komm.) verlangt sofortige Debatte.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vot.) bittet, die Debatte erst nach der morgigen Klärung im auswärtigen Ausschuss vorzunehmen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) wünscht, daß das Parlament unter allen Umständen zu der oberhesselschen Frage Stellung nimmt. Das kann aber auch morgen nach der Ausschussprüfung erfolgen.

Abg. Crispian (US.) hält den auswärtigen Ausschuss nicht für ausreichend, da Nichtmitglieder keinen Verhandlungen nicht beizutreten dürfen. Er tritt das aber vielleicht für Amerika zu, so muß doch über Oberhesseln hier eine Aussprache erfolgen, da Regierungsbeamte sich nicht scheuen, in dieser Sache deutsch-nationale Propaganda zu treiben. (Stürmische Schlußnote.)

Abg. Geyer (Komm.) legt die letzten Aeußerungen des Vorredners vor. (Stürmische Proteste.)

Der Reichstagsler gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß sich aus solchen Anlässen noch Männer im Hause finden, die von einer Schuld deutscher Beamter oder der Regierung reden können. Den Leuten Korjonts gehe die angeblich den Polen zugeprochene Grenze nicht weit genug. Das sei der Tatbestand. Von einem Verschulden deutscher Beamter sei keine Rede.

Auf die Frage des Abg. Schulz-Bromberg antwortet Minister Simons, er könne nicht schon in dem Augenblick, mit dem Logenraum noch unterwegs seien, ein Programm darüber aufstellen, wie er sich verhalte, wenn die Kommission unseren Erwartungen nicht antwortet. Den Verhandlungen selbst werden solche Aeußerungen kaum dienlich sein.

Ein Antrag Crispian will über die heutige Regierungserklärung die Debatte eröffnen und damit eine Debatte über Oberhesseln verbinden. Der Antrag wird gegen die äußerste Linke abgelehnt.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) beantragt, die Debatte über Oberhesseln sofort aufzunehmen. — Der Antrag wird gegen die Sozialdemokraten und äußerste Linke abgelehnt.

Rigipräsident Dietrich regt mit Rücksicht auf die Regierungserklärung Vertagung an.

Abg. Berg (Komm.) und Abg. Crispian (US.) verlangen Weiterberatung mit Rücksicht auf die Not der Arbeitlosen. Der Antrag wird gegen die drei sozialistischen Parteien abgelehnt.

Morgen mittag 2 Uhr kleine Vorlagen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

15. Sitzung nachmittags 2 Uhr.

Das Haus fest die Beratung der deutsch-nationalen Anträge auf

Abbau der Zwangswirtschaft

Abg. Drems (Wirtschaftspartei) erklärt, das Bäckerhandwerk müsse gar nicht die Getreidewirtschaft über Nacht aufgehoben wissen, aber ein Abbau sei notwendig in der Weise, daß nach Sicherstellung des notwendigen Bestandes unter Spielraum gelassen wird. Alle Maßnahmen der Regierung zum Abbau der Zwangswirtschaft würden leider von den unteren Organen, besonders den sozialistischen Gemeindeverwaltungen sabotiert.

Abg. Meyer-Wilms (Deutsch-Dann.) schließt sich als Landtagsmitglied den deutsch-nationalen Anträgen an.

Abg. Schulz-Stenzen (Dn.) nimmt keine Fraktion gegen den Angriff der Sozialdemokraten in Anspruch, daß sie einseitig die Interessen der Großbauern vertritt. Der Abbau der Zwangswirtschaft liegt vielmehr im Interesse der Produktion und der Gesundheit des Volkes. Das hätten auch sozialdemokratische Landtagsmitglieder anerkennen und zugeben. Wenn Getreide über die Grenze verschoben wird, so ist das die Schuld der großen Schieber, nicht der Landwirte, die solchen Landbesitzer am liebsten zurteilen.

Der Antrag auf Aufhebung des Schrotmühlensperrens wird angenommen, die übrigen deutsch-nationalen Anträge gehen an den Reichstagsausschuss.

Diesrauf kommen zur gemeinsamen Beratung sieben große Anfragen und Anträge der Deutsch-nationalen, der Zentrum, der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der Kommunisten, die sämtlich auf verschiedenen Wegen von der Regierung Maßnahmen zur

Bühnen der Arbeitslosigkeit

verlangen. Abg. Müller (Dn.) begründet den Antrag seiner Fraktion, der reiche Mittel zur Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge und zur Schaffung weiterer Arbeitsgelegenheiten vorzuziehen.

Abg. Aulch (Komm.) begründet einen über weitgehenderen Antrag. Danach sollen die Arbeitgeber gesetzlich gezwungen werden, den Kurzarbeitern den Lohn für die volle tarifliche Arbeitszeit zu zahlen. Die öffentlichen Arbeiten für unter Kurzarbeitern zu werden und unter Kurzarbeitern die Gewerkschaften und Betriebsräte ausgeübt werden. Schließlich soll nach dem Antrag die Erwerbslosenunterstützung verdoppelt und auch dann gezahlt werden, wenn die Arbeitslosigkeit die Folge eines besonderen Streiks ist. Die Höhe der Unterstützung soll mindestens fünfmal und möglichst zehnmal der Erwerbslosenunterstützung betragen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, vom Reich werde es unmöglich ein Übergangs-gesetz vorbereitet, das die Erwerbslosenunterstützung mehr den Bedürfnissen der Zeit anpassen soll. Es ist zugeben, daß die Höhe der Unterstützung für den einzelnen nicht zur Befriedigung der normalen Lebensbedürfnisse ausreicht, andererseits darf der Anreiz der Arbeitsaufnahme nicht verloren gehen. Für unheilvolle Arbeiten sind auch heute Erwerbslose ungenügend und vor allem Arbeiterinnen schwer zu gewinnen. Die Hebung der Landwirte, großhändlerische Erwerbslose möglichst fernhalten. Infolge von Regierungsmaßnahmen sollen im Sommer bespart werden. Der kommunistische Antrag ist nicht durchführbar. Wir stehen vor dem Problem, wie lange nach die starken Teile unserer Wirtschaft imstande sein werden, den schwachen Teilen die Möglichkeit zur Befriedigung der großen Ansprüche zu verschaffen, die mit der Erwerbslosenunterstützung verbunden sind. Die letzteren der Entente wird, umso früher wird die Möglichkeit schwinden.

Abg. Mühlstein (Soz.) begründet einen Antrag, die Regierung möge die Befehlsgewalt und Landeinnahmearbeiten im Kreis Sibir-Ditmarischen sofort wieder aufnehmen, die vollständig verfallenen Eisenbahnen in Friedlandsland sofort wieder in Betrieb zu bringen. Der kommunistische Antrag ist nicht anzuhören.

Abg. Zink (Str.) begründet einen Zentrumsantrag, der die Regierung ersucht, zur Instandsetzung von öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen gesondert die Bundesfiskalstelle möglichst mit Beschleunigung zu veranlassen.

Abg. Schaner (Soz.) beantragt, die zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus dem Jahre 1920 600 Millionen um weitere 600 Millionen zu erhöhen.

Abg. Wiesel (Dn.) beantragt, die Anträge auf Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge im sozialpolitischen Ausschuss zu überlegen. Schon bei Besprechung müßte durch Abbau der Zwangswirtschaft gelebt werden.

Ein Vertreter des Volkshausministeriums erklärt zum Antrag Schauer, zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werde die Regierung voranzutreiben das größte Schichten als die in dem Antrag geordneten 600 Millionen ausrichten.

Der nun folgenden Beilegung fordert als erster Redner

Abg. Bräuner (Soz.) Besetzung der Paritätstafel, Durchführung der öffentlichen Bauten und allgemeine Einführung des achtstündigen Arbeitstages, bei dem durch Zuschläge der Arbeiter der Arbeitnehmer und der Stadt für sämtliche Erwerbslose Arbeitsgelegenheit beschafft wird.

Die Weiterberatung wird dann auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt. Schluß nach 6 Uhr.

Deutsches Reich.

Das außerordentliche Gericht in Dortmund verurteilte den Rostocker Karl Spann und seinen Bruder Friedrich, die durch die beiden kommunistischen Unruhen in Dortmund zwei Polizeibeamte niedergeschlagen hatten, zu 11 bzw. 15 Jahren Zuchthaus.

Der Münchener kommunistische Stadtrat Fritz Weiss wurde am Sonntag in Stuttgart verhaftet. Weigel hatte gegenlässlich einer Kundgebung der Stuttgarter Kommunisten vor dem Rathaus zum gewaltsamen Umsturz aufgerufen.

Auslands-Rundschau.

Russland. Nach Mitteilung des schwedischen Gesandten in Moskau, der zuerst in Helmingfors weiß, würden in den nächsten Wochen viele russische Fabriken geschlossen sein, wenn Brennstoffmangel, 18 Arbeiterlosen, 12 Glasfabriken, 4 Zündholzfabriken und chemische Fabriken. Die Papierzeugung ist bereits um 13 Prozent gesunken. Seit der Freigabe des Dannebels fließt in Moskau ein lebhafter Markt- und Straßenhandel. Zahlende von Menschen füllen die Märkte. An allen Straßenenden haben Händler ihre Läden aufgeschlagen, in denen Waren aller Art feilgehalten werden. Auch die Kaffees sind wieder gezeichnet worden.

Aufklärung einer kommunistischen Demonstration in Gafsa, an der russische Zionisten teilnahmen, kam es zu einem Kampf zwischen Christen und Mohammedanern einerseits und Sozialisten andererseits. Es soll etwa 50 Tote und mehrere Hundert Verwundete geben haben, in der hauptsächlich Juden. Die jüdischen Gelehrte seien fast sämtlich getötet worden.

Halle und Umgebung.

Halle, den 4. Mai 1921.

Vom Hallischen Sondergericht.

Friedrich Graf, Hermann Jander, Paul Schlotte und Otto Schullia hatten sich vor dem Sondergericht gestellt zu die sich strafbar gemacht haben. Graf betont, daß er nicht sich des Roten Armees anschließen zu wollen, nur mal die Einziehung der Stadt Eisenach sich anschließen beabsichtigte; er will lediglich zu einem kurzen Vorhaken gezwungen worden sein. Auch Jander entschuldigte die ihm zur Last gelegten Straftaten mit dem gegen ihn ausgehenden Terror. Die beiden letzten Angeklagten gebrauchten dieselbe Ausrede, müßten, wie ihre Mitangeklagten, aber zugeben, daß sie mit 800 Gewehren und Munition reichlich ausgerüstet waren und einen Zug von Helfen nach Wolkeberg mitgenommen hatten. In Helfen waren Schlotte und Schullia nach ihrer Aussage von der Roten Armee die Kider weggenommen worden. Nach einem nachmaligen Redebau politischen Staatsanwalt wurde die Strafe von 2 Jahren Zuchthaus, 300 Mk. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust. Der Verteidiger konnte nichts Strafbares in den Handlungen der Angeklagten erblicken, besonders deshalb, weil diese den ersten Mordanschlag zur Abwehr aus der Roten Armee benutzt hätten, wodurch der gegen sie angebrachte Mord bewiesen wäre. Nach einem nachmaligen Redebau politischen Staatsanwalt wurde die Strafe von 2 Jahren Zuchthaus und 300 Mk. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Wegen Teilnahme an den Kämpfen bei Ammendorf ist der Arbeiter Prochwitz aus Dörsdorf angeklagt. Er ist Eltern mit einem letzten Widmen mehr nach Grule von der Strafe freigesprochen worden. Er hat betont, daß er nicht sich des Roten Armees anschließen zu wollen, nur mal die Einziehung der Stadt Eisenach sich anschließen beabsichtigte; er will lediglich zu einem kurzen Vorhaken gezwungen worden sein. Auch Jander entschuldigte die ihm zur Last gelegten Straftaten mit dem gegen ihn ausgehenden Terror. Die beiden letzten Angeklagten gebrauchten dieselbe Ausrede, müßten, wie ihre Mitangeklagten, aber zugeben, daß sie mit 800 Gewehren und Munition reichlich ausgerüstet waren und einen Zug von Helfen nach Wolkeberg mitgenommen hatten. In Helfen waren Schlotte und Schullia nach ihrer Aussage von der Roten Armee die Kider weggenommen worden. Nach einem nachmaligen Redebau politischen Staatsanwalt wurde die Strafe von 2 Jahren Zuchthaus, 300 Mk. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Der Verteidiger konnte nichts Strafbares in den Handlungen der Angeklagten erblicken, besonders deshalb, weil diese den ersten Mordanschlag zur Abwehr aus der Roten Armee benutzt hätten, wodurch der gegen sie angebrachte Mord bewiesen wäre. Nach einem nachmaligen Redebau politischen Staatsanwalt wurde die Strafe von 2 Jahren Zuchthaus und 300 Mk. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Das Gericht verurteilte sodann gegen die Arbeiter Eduard Kummer aus Köbenitz, 55 Jahre alt, Georg Langenrich aus Gleditz, 19 Jahre alt, Paul Kummer aus Leutenhain, 20 Jahre alt und Wilhelm Bölle aus Wansleben, 23 Jahre alt, Kummer behauptete, gewonnen mit einem alten Vorderlader Revolver in Leutenhain geschossen zu haben. Dieser Revolver betriehe auch für die Schüsse, getan zu haben. Langenrich war seinen Aussagen nach getötet worden, 2 Stunden

Berliner Fondsbörse vom 3. Mai.

Die Börse verkehrte heute in nicht einheitlicher Haltung. Anfanglich vermissten die meisten Meldungen über die Verschlechterung der Lage in Oberschlesien, sowie die abnehmende amerikanische Antwort in der Reparationsfrage...

Der Markt der Petroleumwerte, Deutsche Petroleum mit 78 1/2 unverändert, Deutsche Erdöl mit 87 1/2 dagegen erhöht feier. Auch Ipan-Aktien mit 1250 gestiegen.

Stuppner Werke 30 pCt. niedriger. Rhein u. Bonn 13. Thalia Ost. Fabrik 23. Breslauer Export 33. Kabbann 30 pCt.

Amstliche Kurse vom 3. Mai

Table with columns for Deutsche Anleihen, Prämien-Pfandbriefe, Fremde Pfandbriefe, and Staatsanleihen. Lists various bonds and their prices.

Heute Verloren

Table listing lost items such as bonds, shares, and other securities with their respective values.

Heute Verkauft

Table listing sold items such as bonds, shares, and other securities with their respective values.

Deutsche Anleihen

Table listing German bonds including Reichsanleihe, Staatsanleihe, and various municipal bonds.

Heute Verkauft

Table listing sold securities including various stocks and bonds.

Heute Verkauft

Table listing sold securities including various stocks and bonds.

Prämien-Pfandbriefe

Table listing premium mortgage bonds from various banks and institutions.

Grubenaktien

Table listing mining stocks from various companies.

Industrie-Aktien

Table listing industrial stocks from various manufacturing and service companies.

Fremde Pfandbriefe

Table listing foreign mortgage bonds from various international banks.

Deutsche Eisenb.-Akt.

Table listing German railway stocks from various rail companies.

Kleinhändl.-Aktien

Table listing small retail stocks from various commercial firms.

Städtische Anleihen

Table listing municipal bonds from various cities and towns.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks from various financial institutions.

Schiffahrts-Aktien

Table listing shipping stocks from various maritime companies.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds from various international governments.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks from various financial institutions.

Schiffahrts-Aktien

Table listing shipping stocks from various maritime companies.

Städtische Anleihen

Table listing municipal bonds from various cities and towns.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks from various financial institutions.

Schiffahrts-Aktien

Table listing shipping stocks from various maritime companies.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds from various international governments.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks from various financial institutions.

Schiffahrts-Aktien

Table listing shipping stocks from various maritime companies.

Städtische Anleihen

Table listing municipal bonds from various cities and towns.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks from various financial institutions.

Schiffahrts-Aktien

Table listing shipping stocks from various maritime companies.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds from various international governments.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks from various financial institutions.

Schiffahrts-Aktien

Table listing shipping stocks from various maritime companies.

Städtische Anleihen

Table listing municipal bonds from various cities and towns.

Bank-Aktien

Table listing bank stocks from various financial institutions.

Schiffahrts-Aktien

Table listing shipping stocks from various maritime companies.